

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (Inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

28. Februar 1968 - 17/11
Einzelpreis DM 0.75

GRASS UND BUCERIUS: GROSSKUNDGEBUNG AM NÄCHSTEN MITTWOCH

Unter dem Motto "Appell zur Vernunft" rufen die Internationale Liga für Menschenrechte und die Humanistische Union mit Plakaten, die am Wochenende an 900 Westberliner Litfaßsäulen kleben werden, zu einer Großkundgebung am Mittwoch, 6. März, 20 Uhr - voraussichtlich im Auditorium maximum der TU - auf. Dort werden Schriftsteller Günter Grass, "Zeit"-Verleger Gerd Bucerius, IG-Metall-Redakteur Heinz Brandt, die Professoren Kade und Wrapnewski sowie ein Vertreter der evangelischen Kirchenleitung sprechen. In einer ersten Erklärung sagte Grass, daß die Freiheitsglocke am letzten Mittwoch "Pogrominstinkte eingeläutet" habe und Willy Brandt nach Berlin kommen solle, bevor der jetzige Senat die ganze Aufbauarbeit zunichte gemacht habe.

SPD-FÜHRUNG WESTBERLIN: RÜCKZUG AUF DER GANZEN LINIE

Die Schütz-Neubauer-Mattick-Führung der Westberliner SPD befindet sich auf dem Rückzug. In der Landesausschuß-Sitzung vom Montagabend wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die "Zielsetzung, Charakter und Verlauf" der Vietnam-Demonstration prüfen soll. Damit sind alle laufenden Ausschlußanträge, Feststellungsverfahren sowie die Urabstimmung gegen die an der Demonstration beteiligten Sozialdemokraten vorerst vom Tisch. Die Fünfer-Kommission soll ihren Bericht am 21. März vorlegen. Nach der Landesausschußsitzung wurde gesagt, für die Ausschlußanträge habe ein "Staatsbegräbnis dritter Klasse" stattgefunden.

Wenngleich Schütz, Neubauer und Mattick verbal noch den starken Mann spielten und von "schwerer Parteischädigung" sprachen, scheint ihnen doch aufgegangen zu sein, daß ihre Haltung die Parteispaltung heraufbeschwört. Schließlich nahmen an der Demonstration nicht nur die häufig genannten Ristock und Beck teil; anwesend waren u. a. die drei Abgeordnetenhaus-Vertreter Waldemar Schultze, Manfred Wetzels und Werner Neugebauer; der Kreuzberger Bezirksverordnete Peter Bischof, die beamteten Stadträte Pietschker (Kreuzberg), Baltruschat (Kreuzberg) und Waltz (Reinickendorf) sowie der Fraktionsassistent Gericke.

Einspruch gegen die extremistische Haltung des Senats und der Parteiführung in Westberlin hat auch der Parteivorsitzende Brandt eingelegt. In diesem Zusammenhang wird aus Bonn bekannt, daß der Parteivorstand über die neue Parteikrise in Westberlin entsetzt ist. Führende SPD-Vertreter wie Brandt, Helmut Schmidt, Wehner und Ehmke äußerten sich "enttäuscht" über die "Kopflösigkeit" des vielgepriesenen Schütz. Sie befürchten, daß der rechtsextremistische Kurs des Westberliner Senats und der Stadt-Partei die Auseinandersetzungen auf dem Nürnberger Parteitag "hochtreibe". Aus Bonn soll Schütz nahegelegt worden sein, nicht wie beabsichtigt für den Parteivorstand zu kandidieren, da ein Durchfall bei der Kandidatur "für ihn und die Berliner Partei schlimme Folgen haben müsse".

"STUDENTEN ÜBER IHRE PROBLEME": DAS LAS MAN NICHT IM "TAGESSPIEGEL"

Das Unbehagen der Herausgeber und Redakteure des "Tagesspiegel" an der nach dem 2. Juni eingerichteten Kolumne "Studenten über ihre Probleme" führte jetzt schon mehrmals zur Zensur besonders mißliebiger Beiträge der verschiedenen Studentenvertretungen. Nachdem der "Tagesspiegel" im EXTRA-Dienst Meldungen über Erwägungen, die Kolumne ganz einzustellen, energisch, wenn auch nicht überzeugend dementiert hatte (EXTRA-Dienst 34/67), wurde in der vergangenen Woche der Beitrag des FU-AStA zur Vietnam - Konferenz und in dieser Woche eine Stellungnahme zur Anti-Studentenkundgebung am Rathaus Schöneberg nicht gebracht. Diese Stellungnahme war von den Studentenvertretungen der FU, TU, PH, der HfbK und der Kirchlichen Hochschule unterzeichnet. Darin heißt es: "In den Wochen seit dem 1. Februar folgte der direkte Druck durch rechtswidrige Verbote von Veranstaltungen und Demonstrationen. Ein Gericht rief die Herren zur Ordnung. Reaktion: Beschimpfen des Gerichts, Androhung von Gesetzesänderungen, Mobilisierung der seit langem systematisch aufgehetzten Bevölkerung zu einer 'Kundgebung', die an die bewährte Tradition des 1000jährigen Reiches anknüpfte. Und hier brach es auf: In diesen 5 Tagen zeigte sich das Ergebnis der 'Politik' von Senat und Springerpresse... Wer das gesehen und darüber nachgedacht hat, der weiß, daß der Erfolg der Ganovenjournaille, die 70 Prozent der Presse dieser Stadt beherrscht, und der zielsicher faschistisch agierenden Spitzen der Exekutive ein sehr böses Zeichen ist." Dem Regierenden Bürgermeister wird unter Hinweis auf seine Parteitags-Ausfälle und auf seine Reaktion auf das Verwaltungsgerichts-Urteil faschistisches Verhalten vorgeworfen. "Es geht hier nicht mehr um politische Meinungen, es geht hier darum, daß in der Tat alle jung aussehenden Menschen mit Brille oder Bart oder ungewöhnlicher Kleidung nicht mehr sicher sind in dieser Stadt." Die am Mittwoch veranstalteten "Hetzjagden" nehmen nach Meinung der Studentenvertretungen "ihren Ausgang von Initiativen der Herrschenden". Und: "Hier endlich ist, und wir sind darüber ganz unvorstellbar entsetzt, der Vergleich mit SA und der 'Reichskristallnacht' angebracht". "Die Herren Schütz, Springer, Neubauer, Amrehn, Wohlra-be, Sickert, usw." werden nicht "für so dumm" gehalten, "daß sie nicht die Merkmale des Faschismus kennen: Stempeln einer Minderheit zum Sündenbock zur Kanalisierung der Aggressionen, die durch Repression entstehen. Abschieben aller, insbesondere der ökonomischen Schwierigkeiten auf diese Minderheit. Militanter Antikommunismus. Mobilisierung des 'gesunden Volksempfindens' und der 'Volksgemeinschaft' (Wir Berliner)" "Die Studenten in diesem Land - und wir sprechen hier, so glauben wir, auch für die, die nicht mit der Politik der 'Linken' einverstanden sind - werden es nicht dulden, daß eine braune 'Bewegung' wie die von 1933 wieder aus der Versenkung steigt." In den Schlußsätzen, die auch der "Tagesspiegel" zitiert, erklären die AStAs, daß sie "das verfassungsmäßige Recht auf Widerstand in Anspruch nehmen" und daß jeder, "der unbewußt oder bewußt den Faschismus fördert", wissen soll, "daß er mit uns zu rechnen hat".

TEUFEL-PROZESS ZWEITE RUNDE: RICHTER SPERRT DIE PRESSE AUS

In der für den 4. März, 9 Uhr, geplanten Neuauflage des Brandstifter-Prozesses gegen Fritz Teufel und Rainer Langhans - inzwischen ist die Anklage auf die übrigen damaligen Kommune-Mitglieder ausgeweitet worden - will der Gerichtsvorsitzende Dr. Schwerdtner eine ähnliche Blamage wie im ersten Prozeß durch rigoreuse Maßnahmen vermeiden. Für diesen in der Öffentlichkeit stark beachteten Fall nahm er den Mini-Saal 101, in dem auf der Pressebank lediglich 12 Journalisten Platz haben. Diese 12 Plätze werden ausschließlich und auf ausdrückliche Anordnung Dr. Schwerdtners nur Westberliner Journalisten zur Verfügung gestellt, die für Tageszeitungen und Rundfunk als ständige Gerichtsreporter größtenteils in den Apparat der politischen Justiz Westberlins integriert sind. "Keine Macht der Welt" könne den Richter, nach Auskunft des Justizpressestellen-Leiters, dazu bringen, mehr Journalisten zuzulassen.

THEMA IN BUDAPEST: WESTDEUTSCHE IMPORTSPERRE FÜR OSTWAREN

Auf dem derzeit in Budapest stattfindenden Konsultativtreffen der kommunistischen Parteien soll auch eine Entscheidung über die handelspolitische Haltung des sozialistischen

Lagers gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gefällt werden. In vorbereitenden Gesprächen zwischen den Wirtschaftsexperten des COMECON in Sofia wurde über die zunehmende Verschuldung der osteuropäischen Länder - Sowjetunion und Polen ausgenommen - gegenüber Bonn geklagt. China, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, aber auch die DDR, sind stark verschuldet. Nach Informationen aus Ostberlin liegt das an der geringen Liberalisierung der deutschen Einfuhrpolitik. Falls Bonn nicht nachgibt, will man die westdeutsche Einfuhr erheblich zurückgehen lassen. Die bevorstehende Leipziger Messe könnte diese Tendenz "als Warnschuß" bereits andeuten.

POLEN: WESTLICHE BISTÜMER WERDEN JETZT UMBESETZT

Gleichlautende Nachrichten aus Kreisen, die dem Vatikan nahestehen, und halbamtliche polnische Verlautbarungen deuten darauf hin, daß 1968 die vom Vatikan mit Rücksicht auf die Bundesrepublik verwaist gehaltenen Bistümer der ehemals deutschen Ostprovinzen besetzt werden. Die polnische Wochenzeitung "Polityka" schreibt, die Position der "konservativen Extremisten in der Kirchenverwaltung" sei "endgültig untergraben". 1968 würde "wichtige Neuigkeiten" in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Vatikan und sozialistischen Ländern bringen. Der vertrauliche "Schwarze Brief" meldet aus dem Vatikan, das Drängen der polnischen Bischöfe, die Administraturen in Schlesien und im Ermeland in Bistümer umzuwandeln, habe Erfolg gehabt. Im Vatikan sei man nur noch auf der Suche nach einem Weg, seine Entscheidung - die eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den Vatikan bedeuten würde - "nicht so schmerzenreich für Bonn" zu gestalten.

PUBLICITY-GEMÄLDE: WIRD JETZT ÜBERTÜNCHT

Das mit erheblichem Finanz- und Publizitätsaufwand vor eineinhalb Jahren entstandene Wandgemälde der Maler Richter, G'Schrey, Ackermann und Schubert in der Klopstockstraße 1 wird aller Voraussicht nach noch in diesem Jahr übertüncht werden. Das Gemälde war in Zusammenarbeit zwischen dem III. Fernsehprogramm des SFB und der Berliner Galerie S entstanden; seine Entstehung wurde in einem Fernsehfilm "Das alte Haus" festgehalten. Galeriechef Ben Wargin, der selbst Räume in dem Haus bewohnt, hatte mit dieser Aktion das Haus vor dem geplanten Abbruch zu retten versucht, erfolgreich und erfolglos zugleich: Das Haus steht jetzt unter Denkmalschutz und wird renoviert. Doch im Zuge der Renovierungsarbeiten wurde allen Mietern gekündigt, das Wandgemälde (Schätzwert 30 000 Mark) wird voraussichtlich übertüncht. Die Galerie S, die in den benachbarten Räumen Haydnstraße verbleibt, zieht mit ihren Beständen aus dem Haus Klopstockstraße zum 15. März in eine Dependence im Europa-Center um.

VERSAMMLUNGSGESETZ: NEUE KLAGE ANGEKÜNDIGT

Die Humanistische Union, die mit ihrer erfolgreichen Klage vor dem Westberliner Verwaltungsgericht der nicht verfassungskonformen Handhabung des Westberliner Versammlungsgesetzes ein gerichtliches Ende setzen ließ, warnte Bürgermeister Schütz, seine Ankündigung, das Versammlungsgesetz "zu verschärfen", wahr zu machen: "Nicht die Verschärfung des Berliner Versammlungsgesetzes, sondern die Übernahme des Versammlungsgesetzes des Bundes ist jetzt rechtlich geboten", heißt es. Dieser Auffassung sei, so teilt die Humanistische Union mit, im übrigen auch die "Kommission für Polizeifragen" beim Landesausschuß der SPD.

DDR-STAATSVERLAG: NEUE ÜBERARBEITUNG DES BRAUNBUCHS ?

Das Braunbuch der DDR über heute in der Bundesrepublik und in Westberlin in führenden Positionen arbeitende Nazi- und Kriegsverbrecher soll auch in Zukunft - wenn nötig - ergänzt und überarbeitet werden. Die in vier Sprachen (deutsch, russisch, englisch und spanisch) erschienene Dokumentation hat bisher eine Auflage von über 100 000, wie auf einer Pressekonferenz in Ostberlin mitgeteilt wurde. Nach der spektakulären Beschlagnahmeaktion während der Frankfurter Buchmesse und deren späterer Aufhebung häufen sich in der Bundesrepublik die Fälle, in denen das Braunbuch nicht ausgeliefert werden durfte. Dem Düsseldorfer Brücken-Verlag wurde von der Staatsanwaltschaft mit Strafandrohung gedroht, falls eine größere Bestellung beim DDR-Staatsverlag nicht zurückge-

zogen werde. Ein IG-Metall-Funktionär in Bad Oeynhausen hatte das Braunbuch privat bestellt: Auf dem Wege der Postspionage wurde die Politische Polizei informiert. Nach einer Hausdurchsuchung wurde die Dokumentation beschlagnahmt. In zahlreichen ähnlichen Fällen haben Bundesbürger sich um Rechtshilfe an den Staatsverlag in Ostberlin gewandt, wie eine auf der Pressekonferenz vorgelegte Postmappe bewies. Die Landgerichte Lüneburg und Harburg haben außerdem neue Beschlagnahme-Aktionen gegen das Braunbuch juristisch sanktioniert. (Lesern des EXTRA-Dienstes steht die Bestellung über die Bücherstube im Republikanischen Club offen)

FRANKFURT: VIETNAMKUNDGEBUNG MIT 21 ORGANISATIONEN

21 Organisationen - Jugendverbände, Studenten, Pazifisten, Gewerkschaften, Kirchliche Gruppen, Verfolgtenverbände, Linksgruppen - haben zusammen mit der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" zu einer Vietnamkundgebung auf dem Römerberg in Frankfurt mit anschließendem Demonstrationzug durch die Frankfurter City aufgerufen. Die Kundgebung findet am Donnerstag, 29. Februar, ab 17.30 Uhr statt. Neben Martin Niemöller spricht aus Westberlin Dr. Ekkehart Krippendorff vom Republikanischen Club.

FÜR SONNTAG, 18. FEBRUAR: ZEUGEN GESUCHT

Am Sonntag, 18. Februar, gegen 13.30 Uhr, fuhr, unmittelbar vor Beginn der Vietnam-Demonstration, an der Ecke Uhlandstraße/Kurfürstendamm ein Opel Kapitän mit dem Kennzeichen B-WS 715 in scharfer Fahrt auf den Kommunisten Rainer Langhans zu, nahm ihn auf den Kühler und warf in kurz danach wieder ab. Der Vorgang wurde von etwa hundert Menschen beobachtet. Rainer Langhans bittet um die Meldung von Zeugen per Adresse: Fritz Teufel, Berlin 12, Kaiser-Friedrich-Straße 54 a.

EXTRA ÜBER UNS

EINGANG IN DIE DIKTATUR

Die Zahl unserer Leser steigt von Woche zu Woche. EXTRA-Dienst hat jetzt eine Auflage von 3100 verbreiteten Exemplaren. Auflage verpflichtet. Vor allem zu Kundendienst. Und so erhalten Abonnenten ihre Ausgaben derzeit in nahezu alle europäischen Staaten, ferner nach Kanada, USA, Brasilien, Pakistan und Neuseeland nachgesandt. In den nächsten Wochen und Monaten wird EXTRA-Dienst auch erstmals in Afrika gelesen werden. Ein Matrose bat uns nämlich, EXTRA-Dienst in seine Anlegehäfen zu senden. Unser Vertrieb hatte dabei Luftpostporto u. a. nach Matadi (Republik Kongo), Lobito und Luanda auszurechnen. Die beiden letztgenannten Häfen liegen in der portugiesischen Kolonie Angola - so daß EXTRA-Dienst auf diesem Wege auch Eingang in ein von einer Diktatur beherrschtes Territorium findet.

ZUGANG ZU ALTEN NUMMERN

Beim Verlag sind noch einige Ausgaben EXTRA-Dienst 1967 vorrätig, in denen folgende Beiträge stehen: Anmerkungen zur Wirtschaftssituation Westberlins - Arbeitskreis des RC (Nummer 27); Gewerkschaften und SPD - Otto Brenner (Nummer 30); Analyse der CDU-Politik in Westberlin - Hannes Schwenger (32); Die Sprache der Heimatvertriebenen-Rede des Vertriebenenfunktionärs Rehs (33); Berlin- und Deutschlandpolitik der SPD-Linken - Ristock, Abendroth, Karnatz (35); Die Enteignungskampagne gegen Springer - Darstellung des Hauses Springer (36); Kritik der politischen Ökonomie und ökonomischen Theorie des Sozialismus - Prof. Fritz Behrens (DDR) (43); Ein griechischer Antifaschist soll aus Westberlin ausgewiesen werden - Dokumentation zum Fall Catsioulis (44); Das Programm der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (45); Die Lage der Arbeiterschaft Ende 1967 - Dokumentation der IG Metall (47); Fluchthelfer - Eine Dokumentation (48); Der Notstandsentwurf der FDP - Eine kritische Stellungnahme (49); Ostberlins Antwort auf Schützens "neue Ostpolitik" (50); Sozialistische Landwirtschaft - eine Selbstdarstellung der DDR (52); Iranische Studenten antworten dem Hamburger "Spiegel" auf dessen Verriß des Nirumand-Buches (53).

WITZ DER WOCHE

Für den Witz der Woche sorgte diesmal die US-Zeitung "New York Herald Tribune". Offenbar berauscht von den Zahlenmanipulationen der Westberliner Presse entschloß man sich in Sachen Senatskundgebung ebenfalls zum Fälschen. Das Walter-Moßmann-Chanson "Amis raus aus Vietnam" (auf Dacamera vor einem Jahr als Platte erschienen) mit dem Text: "Da tönt es laut vom Kurfürstendamm, Amis raus, Amis raus aus Vietnam" wurde "frei" übersetzt mit: "Da tönt es laut vom Kurfürstendamm, Amis rein, Amis rein nach Vietnam".

PERSONALIEN

ALBRECHT BECKEL, CDU-Oberbürgermeister von Münster und neuer Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, ist gleichzeitig Leiter der Katholischen Akademie des Bistums Münster. Im Januar 1967 wies er als Hausherr den SPD-Abgeordneten Peter Nellen (einst CDU-MdB in Münster) mit der Bemerkung aus der Akademie: "Sie passen nicht in die politische Landschaft dieses Hauses." Nellen wollte an einer Diskussion teilnehmen.

JÜRGEN WOHLRABE, CDU-Abgeordneter Westberlins, brüstet sich im Bekanntenkreis mit Intimkenntnissen aus der Rechtsopposition. Über Rechtsanwalt Prelinger, der bei der Internationalen Vietnamkonferenz das Podium stürmte, sagt er: "Der hatte doch den Auftrag, die Mikrophone kaputtzumachen."

DR. ALFONS WALTZOG, Rechtsanwalt und CDU-Abgeordneter, der im Abgeordnetenhaus die SPD zur Trennung von ihrem linken Flügel aufforderte, läßt seinen Lebenslauf im offiziellen Handbuch des "Hohen Hauses" mit einer Lücke zwischen 1938 "und jetzt" erscheinen. Kunststück: Waltzog war während des Krieges Kriegsgerichtsrat im Feldgericht des Stabes beim Kommandeur des Luftgau III und trat in dieser Eigenschaft beispielsweise bei der propagandistischen Auswertung "polnischer Greuelthaten", vor allem im Raume Bromberg, hervor.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DONNERSTAG, 29. Februar, 20 Uhr: Theo Pinkus, früherer Mitarbeiter des Münzenberg-Konzerns, wird über Willi Münzenberg und die linke Publizistik der Weimarer Republik sprechen.

FREITAG, 1. März, 20 Uhr: In der "Clubdiskussion" stellt Prof. W. Gottschalch das Referat "Die Krise der Demokratie", das er Anfang Januar auf der Essener Aktionskonferenz der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" gehalten hat, zur Diskussion.

MITTWOCH, 6. März, 20 Uhr: Im RC diskutiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar (Bielefeld) zum Thema "Hochschulreform".

FREITAG, 8. März, 20 Uhr: In der "Clubdiskussion" stellt sich Johannes Agnoli mit seinen "Thesen zur Transformation der Demokratie". Die Thesen werden den Clubmitgliedern in den nächsten Tagen zusammen mit einem neuen Rundschreiben zugestellt.

HINWEISE DER REDAKTION

AUSGERECHNET KLAUS SCHÜTZ wird am Donnerstag, 7. März, 19.30 Uhr im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses das "Internationale Jahr der Menschenrechte" eröffnen. Beim Veranstalter, der "Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen", Berlin 33, Bismarckplatz 1, sind Freikarten zu haben.

JUSTIZSENATOR HOPPE (FDP) will am 29. Februar, 20 Uhr, auf einer Veranstaltung seiner Charlottenburger Parteiorganisation über das "Unruhige Berlin" sprechen und anschließend "Fragen beantworten".

ZITAT DER WOCHE

"Jeder, der unserem Volke wohl will, kann nur Freude empfinden über die Berliner Demonstration vom Mittwoch." (Leitartikel von Friedrich Vogel im Düsseldorfer "Handelsblatt", dem Sprachrohr der westdeutschen Wirtschaft.)

EXTRA-DOKUMENTATION

SICKERT UND SEINE WESTDEUTSCHEN KOLLEGEN: EIN BRIEFWECHSEL

Über 40 hessische Gewerkschafter aus den Einzelgewerkschaften HBV, Chemie, Metall, Bergbau, Druck und Papier, Holz, Kunst und ÖTV - Funktionäre, Sekretäre, Betriebsratsvorsitzende und Betriebsräte haben dem Westberliner DGB-Chef Sickert in einem "Offenen Brief" vorgeworfen, er habe dem Ansehen der Gewerkschaften großen Schaden zugefügt. Sickert hat auf diesen Brief mit einer gereizten Stellungnahme reagiert.

EXTRA-Dienst dokumentiert den Wortlaut der beiden Briefe:

HESSISCHE GEWERKSCHAFTER AN SICKERT

"Sehr geehrter Kollege Sickert, Zu einer 'Gegenkundgebung' zum Vietnam-Kongreß 17./18. Februar in Berlin hat der Senat von Berlin für den 21. Februar aufgerufen. Unter dem Motto 'Für Freiheit und Demokratie' soll die Antwort der Berliner Bürger auf die Veranstaltungen vom vergangenen Wochenende gegeben werden. Für eben diese Rechte kämpft das vietnamesische Volk, eben diese Rechte werden den Vietnamesen durch die USA gewaltsam vorenthalten, eben diese Rechte forderten die Teilnehmer des Vietnam-Kongresses vom vergangenen Wochenende.

Eine als 'Gegendemonstration' angekündigte Veranstaltung kann von uns nur so verstanden werden, daß die Veranstalter nicht gewillt sind, die Forderungen nach Frieden, Freiheit und Demokratie für das vietnamesische Volk anzuerkennen und zu unterstützen.

Das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker ist seit jeher erklärtes Ziel der Gewerkschaftsbewegung. Umso unverständlicher ist es uns, daß Sie, Kollege Sickert, als Landesbezirksvorsitzender des DGB in Berlin im Namen des DGB eine solche Veranstaltung unterstützen und zur Teilnahme aufrufen.

Die Unterzeichnenden sind der Ansicht, daß Sie mit dieser Entscheidung dem Ansehen der Gewerkschaften großen Schaden zugefügt haben. Sie distanzieren sich von Ihrer Haltung als DGB-Repräsentant in Berlin und fordern Sie auf, in Zukunft Stellungnahmen, die dem eindeutigen Willen eines Großteils der Gewerkschaftsmitglieder im Bundesgebiet zuwiderlaufen, zu unterlassen."

SICKERTS ANTWORT

"Ihr offener Brief, den Sie bereits am Donnerstag der Presse übergeben haben, ist mir heute, am Freitag also, erst zugegangen.

Ihr Interesse, das sie und die Mitunterzeichner des 'offenen Briefes' an den Berliner Vorgängen haben, ist erfreulich. Bei der Beurteilung der Sachlage sind Sie aber falschen Informationen aufgesessen, deswegen hätte ich es begrüßt, wenn Sie sich vor der Veröffentlichung Ihres 'offenen Briefes' mit mir oder mit einem anderen mit der Materie vertrauten Mitarbeiter der Landesbezirksverwaltung Berlin des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Verbindung gesetzt hätten, damit wäre Ihr Irrtum geklärt und Sie hätten den 'offenen Brief' nicht zu schreiben und zu veröffentlichen brauchen. Ich vertrete die Ansicht, und zwar nicht allein, daß nicht die Haltung, die wir Berliner Gewerkschafter zu der am Mittwoch durchgeführten Kundgebung auf dem John-F.-Kennedy-Platz zeigten, für die Gewerkschaften schädlich war, sondern vielmehr die Ihrige.

Zunächst nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die am Mittwoch durchgeführte Kundgebung keine Gegenkundgebung zu der am vergangenen Sonntag stattgefundenen Pseudo-Vietnam-Demonstration war. Das wurde nicht nur in den vorher veröffentlichten Aufrufen, sondern auch von den Sprechern der Kundgebung klar hervorgehoben. Ich selbst sagte unter ande-

rem: ' Es ist auch nicht unsere Sache, hier etwa eine Gegendemonstration durchzuführen gegen eine Handvoll Halbstarke und ihrer willfährigen Mitläufer.' An einer anderen Stelle sagte ich ebenfalls wörtlich: ' Was da in den vergangenen Wochen und Monaten lärmend und randalierend über den Kurfürstendamm und durch andere Straßen zog - das war nicht Berlin.' Auch diese Formulierung macht deutlich, daß die Mittwoch-Demonstration keine Gegendemonstration war.

Ihr großer Irrtum besteht vor allem darin, daß Sie glauben, die Berliner Gewerkschafter könnten mit der Demonstration die Rechte des vietnamesischen Volkes auf einen Frieden verletzt haben. In einer am 16. Februar 1968 einstimmig vom Berliner Landesbezirksvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes angenommenen Resolution heißt es u. a. wörtlich: ' Der Deutsche Gewerkschaftsbund verurteilt jeden Krieg, auch den in Vietnam. Mit seiner ganzen Kraft arbeitet er daran, die Freiheit und einen dauerhaften Frieden in allen Teilen der Welt zu sichern. '

In einer weiteren Verlautbarung des DGB-Berlin vom 20. Februar 1968 heißt es, nochmals auf den Vietnam-Krieg bezogen wörtlich: ' Walter Sickert weist in seinem Aufruf nochmals auf die vom Berliner DGB-Vorstand am letzten Freitag getroffene Feststellung hin, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Vergangenheit deutlich gemacht hat, daß er gegen jeden Krieg in der Welt ist und somit auch gegen den Krieg in Vietnam. '

Und nun habe ich auf der Kundgebung dazu wörtlich erklärt: ' Es geht den Demonstranten (vom letzten Sonntag) gar nicht um Vietnam oder um eine Hochschulreform, sie wollen die Axt anlegen an die Wurzeln unseres Staates. Wenn es am Sonntag tatsächlich darum gegangen wäre, für eine möglichst baldige Beendigung des Blutvergießens in Vietnam einzutreten - die Gewerkschaften wären dabeigewesen. Die Gewerkschaften sind gegen jeden Krieg - auch gegen den in Vietnam. '

Sie werden, wenn Sie meinen Brief lesen und bereit sind, objektiv zu urteilen, zugeben müssen, daß Ihr ' offener Brief ' vom 21. Februar 1968 mit den darin aufgestellten Behauptungen völlig haltlos ist.

Im übrigen darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die von Ihnen kritisierte Kundgebung vom vergangenen Mittwoch die Unterstützung aller Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaften gefunden hat. Die Vorsitzenden nicht nur der DGB-Gewerkschaften und auch ich haben verantwortungsbewußt gehandelt, denn wir haben die Interessen der Berliner Arbeitnehmer wahrzunehmen, die seit längerer Zeit gegen das ungebührliche Auftreten kleiner extremistischer Kreise in der Öffentlichkeit protestieren. Vielleicht sind Sie so freundlich, die hier beigefügte Erklärung von gewerkschaftlich organisierten Berliner Eisenbahnern zu studieren, die sich dagegen verwahren, auch in ihrer Arbeit von diesen Kreisen belästigt zu werden.

Sicherlich werden Sie Verständnis dafür haben, daß ich diesen an Sie gerichteten Brief der Öffentlichkeit zum Zwecke der Richtigstellung der von Ihnen mit Schreiben vom 21. Februar aufgestellten Behauptungen übergeben habe. "

GRIECHENLAND: SO WIRD GEFOLTERT

EXTRA-DOKUMENTATION

Eine mehrköpfige Delegation von Amnesty International weilte einen Monat lang in Griechenland. Die Delegation wurde nicht zu den Gefangenen auf den drei Inseln gelassen, wo Konzentrationslager eingerichtet wurden. Sie konnte daher nur Gefangene verhören, die bereits entlassen sind. Die Delegation mußte dabei sehr sorgsam vorgehen, weil auch Verwandte von Gefangenen der Verfolgung ausgesetzt sind. Amnesty International fand heraus, daß Ende Januar von der griechischen Regierung 2 777 Menschen ohne Gerichtsverhandlung in Haft gehalten werden, davon 1 475 auf Leros Laki, 500 auf Partheni und 802 (darunter 240 Frauen) auf Yaros. EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend im Wortlaut den zweiten Teil (der erste befaßt sich mit den Schwierigkeiten der Arbeit in Griechenland) der Darstellung von Amnesty International; zusammengestellt wurde sie im wesentlichen von dem britischen Anwalt Anthony Marreco und dem amerikanischen Anwalt James Becket.

"Der folgende Rechenschaftsbericht bietet in summarischer Form das Beweismaterial, das die Delegation von Amnesty International von 16 Menschen, mit denen sie sprach,

bekam. Diese berichten, daß sie gefoltert worden sind. Außerdem erhielt sie Beweismaterial von den 32 noch im Gefängnis befindlichen Menschen, über deren Fälle sie Aussagen aus privater Hand erhielt, die sie überzeugend fand, weil sie in vielen Fällen bestätigt wurden.

Organisationen, Orte und Personen, die an Folterungen beteiligt sind:

Folterung als bewußte Praktik wird ausgeführt durch die Sicherheitspolizei (Asphalia) und die Militärpolizei (Ethniki Stratiotiki Astinomia). Die Delegation hörte Zeugenaussagen aus erster Hand, daß auch die Armee und die Gendarmerie Folterungen ausführten. Aber es war schwierig festzustellen, ob es sich hier um Einzelfälle oder um Routine handelte.

Diejenigen, deren Namen am häufigsten im Zusammenhang mit der Leitung und Ausführung von Folter erwähnt werden, sind Inspektor Lambrou, Direktor des Hauptquartiers der Sicherheitspolizei in Athen in der Bouboulinas-Straße und folgende Offiziere:

Mallios, Babalis, Karapanayotis, Kravaritis, Spanos, Yannicopoulos, alle vom gleichen Büro. Major Theophiloyainnakos von der Militärpolizei, stationiert im Dionysos-Lager außerhalb von Athen. Andere, die häufig erwähnt wurden, waren Zagouras in Dionysos, Lt. Kapoglou, Direktor der Sicherheitspolizei in Aigeio von der Sicherheitspolizei in Piräus.

Die Orte der schwersten Folterungen sind Berichten zufolge im Athener Gebiet die Sicherheitspolizei in der Bouboulinas-Straße, das Militärhospital 401 und das Dionysos-Lager.

Techniken der Folter:

A Physische Folter:

1. Die anfängliche Routinefolterung, die von jeder Asphalia-Station berichtet wird, ist die sogenannte falanga. Der Gefangene wird an eine Bank gebunden und seine Fußsohlen werden mit einem Stock oder Rohr geschlagen. Zwischen den Schlägen wird der Gefangene gewöhnlich gezwungen, unter schwerem Schlaghagel um die Bank herumzulaufen.

Wir sahen uns die Füße einer Person an, die vor vier Monaten diese Behandlung ertragen hatte. Die Fußsohle war mit dickem Narbengewebe bedeckt. Einem Gefangenen, der sich jetzt im Averoff-Gefängnis befindet, wurde bei dieser Folter der Fuß gebrochen. Da er nicht ärztlich behandelt wurde, wuchsen die Knochen nicht richtig an, und er ist verkrüppelt.

Der nächste Schritt dieser Methode ist es, den Gefangenen auf das Brustbein zu schlagen. Gefangene, die Blut aus den Lungen erbrechen, haben im allgemeinen diese Behandlung erlitten.

Neben der falanga werden dem Gefangenen fast immer auch in anderer Weise Schmerzen zugefügt. Im allgemeinen sind fünf oder sechs Männer an der Folterung eines Gefangenen beteiligt. Übliche Methoden, die die falanga begleiten, sind folgende: Wasser wird in den Mund und die Nase geschüttet, während der Gefangene vor Schmerz schreit, 'Tide'-Seife wird in Augen, Mund und Nase getan, der Kopf wird auf eine Bank oder auf den Fußboden geschlagen, andere Körperteile werden geschlagen, usw.

2. Über zahlreiche Folter an den Geschlechtsteilen wurde berichtet. Bei Frauen führten die Folterer so viele Finger wie möglich oder einen Gegenstand in die Vagina ein und drehten und rissen in brutaler Weise.

Das gleiche wird auch am After ausgeführt. Ein Schlauch wird in den After geführt und Wasser wird unter sehr hohem Druck in den Gefangenen gepreßt. Im Fall von Männern ist häufig von Schlägen mit langen dünnen Sandsäcken auf die Genitalien berichtet worden. Ein Gewerkschafter wurde so stark geschlagen, daß eine Hode in seinen Leib hinaufgetrieben wurde.

3. Von Techniken der Knebelung wird häufig berichtet. Die Kehle wird so gefaßt, daß die Luftröhre abgeschnitten ist, oder ein schmutziges Tuch (oft naß von Urin) wird in die Kehle hinabgepreßt. Erstickung wird nur im letzten Augenblick verhindert.

4. Schläge auf den Kopf mit Sandsäcken oder Schläge des Kopfes gegen die Wand oder auf den Fußboden gehören zur Routineprozedur. Über viele Fälle von Gehirnerschütterung wird berichtet.
5. Schlagen auf das nackte Fleisch mit Draht, der zu einer Peitsche zusammengeknotet ist.
6. Gefangene werden über lange Zeit aufgehängt. Gewöhnlich werden die Handgelenke hinter dem Rücken zusammengebunden und der Gefangene wird an den Handgelenken aufgehängt.
7. Herumspringen auf dem Bauch.
8. Haarausreißen vom Kopf und aus der Schamgegend.
9. Einreiben von Pfeffer an empfindlichen Körperteilen, wie Genitalien, Unterarme, Augen, Nase, usw.
10. Ausreißen von Zehen- und Fingernägeln.
11. Verschiedene Methoden, Verbrennungen zuzufügen, einschließlich dem Ausdrücken von Zigaretten auf Teilen des Körpers.
12. Anwendung von elektrischen Schocks. Dies geschieht im Militärhospital 401. Unbestätigte Berichte sprechen davon, daß dies auch in der Asphalia-Station in der Bouboulinas-Straße geschieht.

Physisches Schlagen durch Armee und Polizei als Methode der Einschüchterung und des Verhörs ist allgemein üblich. Das Schlagen kann als Folter klassifiziert werden, wenn es systematisch betrieben wird. Ein Mann über 60, mit dem die Delegation Kontakt aufnahm, wurde in regelmäßigen Abständen mehr als zwölf Stunden lang geschlagen. Er litt unter Rippenbrüchen, berichtete aber, daß junge Leute bis zu 5 Tagen ohne Unterbrechung geschlagen wurden. Gewöhnlich schlagen vier bis sechs Mann einen Gefangenen mit den Fäusten, treten ihn mit den Füßen oder benutzen Instrumente wie Holzlatten, Rohre, usw. Im Dionysos-Lager, wo Griechenlands Elitesoldaten untergebracht sind, müssen die Gefangenen Spießrouten laufen. Ein verlässlicher Bericht aus zweiter Hand aus diesem Lager besagt, daß einem Mann buchstäblich ein Auge aus dem Kopf geschlagen wurde. Die Delegation von Amnesty International sprach mit anderen, die gebrochene Rippen, Nasen und zerrissenes Trommelfell hatten.

B Nicht-physische Folter:

Viele Informanten, die gefoltert wurden, halten die nicht-physischen Foltermethoden für noch unerträglicher.

1. Bestimmte Gefangene werden absichtlich in Zellen in Hörweite von anderen Gefangenen verlegt, die unter Gewaltanwendung verhört werden. Dies hat eine Anzahl von Nervenzusammenbrüchen verursacht. Ein Informant sagte, es sei furchtbarer, die Schreie der anderen hören zu müssen, als selbst gefoltert zu werden. Einer wollte hineinlaufen und lieber geschlagen werden, als das Leiden eines anderen mit anhören. Es wird berichtet, daß der Komponist Mikis Theodorakis, der niemals physisch gefoltert wurde, durch diese Methode einen Nervenzusammenbruch erlitt.
2. Die Haftbedingungen sind an einigen Stellen besonders schlecht. Eine Technik besteht darin, den Gefangenen einige Tage in einer kleinen dunklen Zelle zu lassen ohne Verpflegung, Wasser oder Decken. Die Zellen in Dionysos, die seitlich in den Berg Pendelli eingeschnitten sind, haben einen dauernden Wasserstand von 10 cm. Da die festgehaltenen Gefangenen die Zelle nicht verlassen dürfen, füllt sich das Wasser mit ihren eigenen Exkrementen. Die Zellen im Kellergeschoß in der Bouboulinas-Straße, die für die Einzelhaft benutzt werden, sind voll von Erbrochenem.
3. Drohungen, zu töten, zu verstümmeln, zu vergewaltigen. Personen, die gefoltert worden waren, wurde oft gesagt, die Folter würde zu einer bestimmten Stunde in der Nacht wiederholt werden. Sie wurden in dauernder Angst gehalten durch Drohungen, sie würden wieder das mitmachen müssen, was sie gerade erlebt hatten.
4. Die Gefangenen nackt auszuziehen, ist besonders wirkungsvoll in Griechenland, wo die Gedankenverbindung von Nacktheit und Schamgefühl in der Kultur sehr stark ist.
5. Von Scheinexekutionen wurde häufig berichtet. Der Gefangene steht einem Erschießungskommando gegenüber, seine Augen werden verbunden und die Gewehre werden ab-

geschossen. Einige Gefangene haben dies mehr als einmal erlebt. Es geschieht oft in Kasernen, wo während des Krieges Exekutionen stattfanden.

6. Die Unterzeichnung von Erklärungen wird von vielen als die unmenschlichste Technik der Regimes angesehen. Der Zwang, etwas zu unterzeichnen, was die Eltern, die Frau oder politische Überzeugungen verleugnet, übt eine besondere Wirkung aus auf einen Menschen, der ein hochentwickeltes Gewissen und Ideale hat. Dies wird systematisch getan, um den Gefangenen innerlich zu zerbrechen. Der Experte auf diesem Gebiet ist Herr Tournas, der vom Regime zum Direktor der griechischen Gefängnisse befördert wurde. Er beginnt damit, daß er den Gefangenen irgendetwas Harmloses unterschreiben läßt, zerreißt dann das Papier und veranlaßt den Gefangenen, immer mehr Dinge, die ihm heilig sind, zu verleugnen. Die Delegation sprach mit Menschen, die unter diesem Druck unterschrieben hatten - und alle waren irgendwie gebrochene Menschen. Ein besonders bewegender Fall war der eines Mannes, der unterschrieben hatte, um frei zu sein und seine im Sterben liegende krebskranke Tochter zu besuchen. Sie starb vor seiner Entlassung - er erlitt einen Nervenzusammenbruch."

===== anzeige =====

BÜCHERSTUBE IM REPUBLIKANISCHEN CLUB

Die Bücherstube im Republikanischen Club beschafft Ihnen jedes lieferbare Buch. Kreuzen Sie Titel aus unserem Büchertip an und senden ihn ein. Besuchen Sie uns. Oder rufen Sie uns an (täglich außer Dienstag zwischen 18 und 22 Uhr). Bestellungen werden binnen weniger Tage ausgeführt - auch bei Titeln aus der DDR.

UNSER BÜCHERTIP FÜR DIESE WOCHE

- () Steinhaus: Vietnam - zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution Westberlin, DM 4.00
- () Gäng/Horlemann: Vietnam - Genesis des Konflikts, Frankfurt/Main, DM 3.00
- () Burchett: Partisanen kontra Generäle, Berlin/DDR, DM 8.80
- () Argument Nr. 36: Die Amerikaner in Vietnam, Westberlin, DM 3.00
- () Fanon: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/Main, DM 12.00
- () Der Zerfall der Kolonialsysteme und der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung - Kleines Nachschlagewerk, Berlin / DDR, DM 3.80
- () Debray: Die Revolution in der Revolution, München, DM 5.50
- () Trappe: Warum Genossenschaften in Entwicklungsländern? Westberlin, DM 5.80
- () Agnoli/Brückner: Die Transformation der Demokratie, Westberlin, DM 12.00 (nic wie in EXTRA-Dienst 13/II irrtümlich angegeben, DM 16.80)

Auf alle Titel aus der DDR müssen 5 Prozent Mehrwertsteuer erhoben werden.

Unsere Adresse: Bücherstube im Republikanischen Club, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 54 33

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland : DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: